

Der Wilmersdorfer Magistrat für 190 v. H.

Der Vorstandstag für 1918 wurde der gestrige Wilmersdorfer Stadtverordneten-Versammlung vom Oberbürgermeister Habermann mit einer ausführlichen Rede vorgelegt. Der Oberbürgermeister kam nach genauer Darlegung der Verhältnisse zu dem Schluss, daß in Uebereinstimmung mit dem Magistrat in Berlin, Charlottenburg und Schöneberg auch Wilmersdorf zur Deckung des vorhandenen Fehlbetrags von einer Million Mark und zur Sicherung der zurückgestellten und sonst nötigen Aufgaben der nächsten Zukunft eine Heraushebung des Gemeindeeinkommens durch Steuerzuschläge auf

190 v. H. vornehmen müsse. Wenn jedoch eine der erwähnten Gemeinden eine geringere Erhöhung beschließen würde, so würde auch Wilmersdorf nicht darauf bestehen. Die ordentliche Verwaltung schließt in Einnahme und Ausgabe mit 19 318 500 Mark gegen 18 914 600 Mark im Vorjahre, also mit nur 404 Millionen mehr. Ueberschüsse werfen nur die Steuerverwaltung mit rund 11 Millionen und die Tiefbauverwaltung mit 700 000 Mark ab. Die Mehrausgaben beruhen insbesondere auf der allgemeinen Teuerung. So sind die Kosten des Heizmaterials für die städtischen und die Schulgebäude von 125 750 Mark im Jahre 1914 auf 288 150 Mark, die der Müllabfuhr von 328 000 Mark im genannten Jahre auf 18 170 Mark gestiegen. Die Kosten der Kriegsbeihilfen und Kriegsteuerzuschläge sind mit 800 000 Mark in den Etat eingestellt worden. Die städtische Sparkasse weist einen Bestand von 21 000 000 Mark bei 40 000 Sparern auf, nachdem insgesamt 32 000 000 Mark für Kriegsanleihen gezeichnet worden sind.

Von den Rednern vertrat der Führer der Freien Vereinigung Geheimrat Dr. Bräse den Standpunkt, daß auch dann an 100 Prozentgehalten werden müsse, wenn die umliegenden Gemeinden anders beschließen würden. Das sei im Interesse einer gesünderen Finanzgebarung, als sie bisher in Wilmersdorf geübt worden sei. Dieser Redner begründete besonders die Erklärung der Regierung, daß eine Eingemeindung der Vororte in Berlin nicht mehr in Betracht komme. Wohl aber müsse entweder der Zweckverband erweitert oder ein sogenannter „Kommunalkaustaat“ geschaffen werden. Dieser für den erweiterten Zweckverband dürfe nicht etwa die unmittelbare Wahl eingeführt werden. Die Wilmersdorfer würden dem bisherigen Verbandsdirektor Steinger ihre Stimme geben (Sitz links: Velderl). Gegen den Stadtrat Fildstedt habe man sich nichts einzuwenden, aber er sei kränzlich und stehe nicht ganz auf dem vorerwähnten Standpunkt. Zur baldigen Vorbereitung der Übergangswirtschaft möge ein besonderer Ausschuss eingesetzt werden. Was die im Haushaltsplan geübte Sparsamkeit betreffe, so sei sie besonders in bezug auf Straßenbeleuchtung und Straßensanierung vom Uebel. Für die liberale Fraktion sprach Stadtverordneter Veldholz, der nachzuweisen sucht, daß man sehr wohl mit 100 Prozent auskommen könnte. Die Ausgaben des Haushalts seien so günstig, daß der Stadtverordnetenversammlung 300 000 M. für besondere Zwecke zur Verfügung gestellt werden. Einige Steuern, so die Gewerbesteuer, seien zu niedrig veranschlagt, und auch die Untergrundbahn werde mehr einbringen. So würden die 430 000 M. leicht zu erlösen sein, die nötig seien, um sich auf 100 Prozent beschränken zu können. Der stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher Dr. Edel verpflichtete der Beifügung des Magistrats bei, von dem Satz von 100 Prozent abzugehen, wenn die übrigen Gemeinden dasselbe tun würden.

Im übrigen wurde die Vorlage des Magistrats auf die Erhebung der Rindes in die Luftbarkeitssteuer dem Finanzausschuss überwiesen, nachdem der Stadtverordnete Rosbach auf die Schädigungen hingewiesen hatte, die daraus dem ohnehin schon stark belasteten Gastwirtsgerwerb erwachsen würden.